



presse statement

Dr. Dirk Jandura
Präsident

T +49 30 59 00 99 535
dirk.jandura@bga.de

Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist: 4. September 2024, 10:30 Uhr

Dr. Dirk Jandura
Präsident des Bundesverbandes
Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.
(BGA)

Exportnation in der Krise?
Die Zukunft des deutschen Außenhandels – mit
Ergebnissen der neuen Unternehmensbefragung

BGA-Pressekonferenz Außenhandel
am 4. September 2024, 10:30 Uhr, online per Zoom

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

2024 war für den deutschen Außenhandel herausfordernd. Die schleppende Entwicklung der Weltkonjunktur, hohe Inflation, ein hohes Zinsniveau und die geopolitischen Risiken haben uns auch in diesem Jahr weiter gefordert. Die Globalisierung hat in den vergangenen Jahren - gelinde gesagt - keinen leichten Stand: Zu heftig waren die Rückschläge durch die geopolitischen Entwicklungen, zu schwach hat sich der Welthandel entwickelt.

Dies alles bleibt nicht ohne Folgen für den deutschen Außenhandel. Er befindet sich in einer Art Schraubstock: die heimische Schwäche auf der einen, die globale Schwäche auf der anderen Seite und mittendrin das eigene Geschäftsmodell, das massiv unter Druck steht.

Sprachen wir im vergangenen Jahr bei unserer Aussicht für 2024 noch von Stagnation, droht nun eine Rezession. Die deutschen Exporte sind im Mai um -6,6 Prozent als auch im Juni um -4,4 Prozent deutlich zurückgegangen. Im Vorjahresvergleich sanken die deutschen Exporte im ersten Halbjahr 2024 um 1,6 Prozent auf 801,7 Mrd. Euro. Der deutsche Export steckt in einer ordentlichen Rezession.

Grafik 1 – Entwicklung des Exports

Wir sind skeptisch, dass der deutsche Export nach der schlechten Halbjahresbilanz in der zweiten Jahreshälfte an Wachstumstempo zulegen kann. Zu schlecht sind zudem die Prognosen der wichtigsten Exportgüterindustrien, deren Auftragseingänge betreffend.

Schließlich blicken wir mit Sorge auf die USA-Wahl im November, die Entwicklung der schlechten Binnenkonjunktur in China und die anhaltende Wachstumsschwäche im EU-Binnenmarkt. Das wirtschaftliche Umfeld ist und bleibt damit extrem schwierig. Und als wäre das nicht genug: Der freie Zugang zu den internationalen Märkten wird auch immer schwieriger – sei es durch Infrastrukturprobleme, durch neue Berichtspflichten und Auflagen oder durch neue Handelsrestriktionen. Die Probleme schaukeln sich gegenseitig auf.

Vor diesem Hintergrund fällt unsere Prognose für die deutschen Exporte im laufenden Jahr pessimistisch aus. Wir rechnen mit einem Rückgang von -0,3 Prozent. Auch was die Entwicklung der deutschen Importe angeht, rechnen wir mit einem Negativszenario. Wir erwarten für 2024 einen deutlichen Rückgang von -2,0 Prozent. So fiel das Importvolumen im ersten Halbjahr im Vorjahresvergleich mit einem Rückgang von -6,2 Prozent sehr deutlich aus. Und wir glauben nicht, dass es im zweiten Halbjahr 2024 einen großen Erholungseffekt geben wird. Zu sehr drücken der schwache Binnenkonsum bei den Konsumenten sowie die schlechte Auftragslage im produzierenden Gewerbe die Nachfrage nach Gütern aus dem Ausland.

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Einschätzung wird durch unsere jüngste Außenhandelsumfrage bestätigt. Danach hat sich die Stimmung im Außenhandel weiter dramatisch verschlechtert.

Dies zeigt sich in unserem neuen Außenhandels-Klimaindikator – den wir Ihnen heute erstmals vorstellen. Wir erheben hierzu bereits seit längerem Daten und haben diese erstmals zum Jahreswechsel 2022/2023 systematisch erfasst und im Klimaindikator zusammengeführt.

Grafik 2 - Klimaindikator

Die Ergebnisse unseres Verbandes liegen deutlich im negativen Bereich. Werte unter 100 Punkten spiegeln eine negative, Werte über 100 eine positive Einschätzung. Sie sehen, der Indikator liegt aktuell bei 73,7 Punkten und ist damit gegenüber dem 1. Halbjahr 2024 um 6,4 Punkte deutlich gesunken. Die Stimmung fährt weiter in den Keller.

Aber nicht nur das. Weitaus dramatischer ist die Einschätzung der zukünftigen Geschäftserwartungen. Diese sind mit 73 Punkten auf dem bisher niedrigsten Wert und zudem unter der aktuellen Lagebewertung.

Worin begründet sich diese kritische Perspektive?

Zunächst die Wettbewerbsfähigkeit:

Die 63 Prozent der Außenhändler sehen Deutschland im globalen Wettbewerb schlecht aufgestellt und befürchten eine weitere Eintrübung der Geschäfte.

Zum Regierungshandeln:

Grafik 3 - Regierungshandeln

Unsere Außenhändler glauben nicht, dass die Bundesregierung die richtigen Maßnahmen ergreift. Annähernd 70 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die aktuellen Weichenstellungen nicht nur unzureichend sind, sondern auch in die falsche Richtung gehen. Ein dramatischer Wert.

Getoppt wird dies durch die klare, fast schon verzweifelte Antwort auf die Frage nach einem Dynamisierungspaket. Gut 47 Prozent sagen, dass sie keine Erwartungen haben und auch keine Impulse sehen. Ein vernichtendes Urteil.

Trotz dieses Urteils bleiben die Unternehmer zuversichtlich und haben klare Erwartungen an die Politik.

Grafik 4 - Forderungen der Unternehmer an die Bundesregierung

Sie unterstreichen nachdrücklich, was wir als Verband seit langem fordern: Privat vor Staat, bessere außenwirtschaftliche Flankierung, Abbau von Bürokratie und Kostenbelastungen,

Senkung von Steuern und Abgaben, Ertüchtigung der Infrastruktur sowie Senkung der Energiekosten.

Abschließend noch die Antwort auf die Frage nach einem der Top-Themen dieser Tage, der Schuldenbremse: 90 Prozent der Befragten wollen an der Schuldenbremse festhalten bzw. befürworten, wenn überhaupt, nur eine Lockerung, um staatliche Investitionen zu ermöglichen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

schon seit geraumer Zeit haben die USA China als unseren wichtigsten Handelspartner in der Welt abgelöst. Wie eingangs schon erwähnt, beobachten wir den aktuellen Wahlkampf in den USA mit großer Aufmerksamkeit und Sorge. So steht für die Außenhändler dabei viel auf dem Spiel. Im Falle eines Wahlsiegs von Donald Trump droht eine Verschärfung des Handelskrieges mit China. Trump hat im Wahlkampf darüber nachgedacht, alle Importe in die USA mit einem 10-prozentigen Aufschlag zu belegen, Waren aus China um ein Vielfaches mehr. Unter Trump droht zudem eine weitere Erosion der WTO. Manches davon ist sicher Wahlkampf-Getöse. Während der Trump-Administration hat sich der Handel mit den USA trotz schiefer Töne positiv entwickelt.

Unter der Biden-Regierung hingegen haben sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen deutlich entspannt. Ich gehe davon aus, dass wir im Falle eines Wahlsiegs von Kamala Harris ebenfalls einen fortgesetzt guten Austausch hätten. Doch machen wir uns nichts vor: Sowohl die Republikaner als auch die Demokraten werden eine „America first-Agenda“ fortsetzen. Auch die Kritik und Maßnahmen gegen China teilen Republikaner und Demokraten.

Also, falls sich die Situation zwischen den USA und China weiter verschärft, wird der Außenhandel und damit auch Deutschland in Mitleidenschaft gezogen. So wird der Druck auf den Märkten auf unsere Unternehmen zunehmen, denn irgendwo muss die – teils stark subventionierte - chinesische Produktion ja hin. Auch ist zu erwarten, dass die USA ihren Kampf zum Teil auf uns übertragen und ähnlich abwehrende Maßnahmen – zum Beispiel in Form einer verschärften Exportkontroll- oder Zollpolitik seitens Europas - einfordern.

Wie auch immer die US-Wahlen ausgehen werden: die EU muss sich wappnen. Sie muss Tempo machen und möglichst viele Handelsabkommen mit anderen Staaten und Regionen abschließen, zum Beispiel endlich mit den MERCOSUR-Staaten oder den Staaten der ASEAN-Region.

Grafik 5 - Forderung nach mehr Freihandel

Auch in unserer BGA-Umfrage fordern 43 Prozent der Unternehmer, das Deutschland am Freihandel mit möglichst vielen Staaten festhalten soll.

Sehr geehrte Damen und Herren, kommen wir zu China.

China ist und bleibt für die deutsche Wirtschaft wichtig. Die zunehmende Überschwemmung der europäischen Märkte mit Billigprodukten sowie die in die Märkte flutende Überproduktion aus China macht uns Sorge. China produziert mehr, als der Weltmarkt aufnehmen kann. Es ist deshalb richtig, hier genau zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen. Ausgleichszölle – wie zuletzt – halten wir für einen problematischen Weg.

So haben es die EU und China bedauerlicherweise verpasst, den Konflikt noch vor der Verhängung der ersten handelspolitischen Maßnahme durch die EU zu entschärfen. Aber damit keine Missverständnisse aufkommen: Auch wir sind der Meinung, dass systematische Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen im internationalen Handel nicht hingenommen werden müssen. Doch es steht viel auf dem Spiel, insbesondere durch erwartbare und nun verkündete Gegenmaßnahmen Chinas. Diese treffen Unternehmen, die mit der Automobilbranche nichts zu tun haben. Wir hoffen daher sehr, dass das Handeln der EU-Kommission auf hieb- und stichfesten Beweisen beruht.

Wir können uns politisch motivierte Abschottungsversuche nicht leisten. Auf jeden Fall muss Europa, muss Deutschland in einen viel intensiveren Austausch mit China treten, um nach neuen Wegen zu suchen, einen fairen Wettbewerb wiederherzustellen. Die bisherige China-Strategie der Bundesregierung kann hier nur der Anfang sein. Und der Moment für Verhandlungen ist günstig. Chinas Wirtschaft ist angeschlagen. Die Immobilienkrise geht in ihr drittes Jahr. Verschreckt durch den Zusammenbruch des Marktes und das anhaltende Trauma der Pandemie, halten die chinesischen Verbraucher ihr Geld zusammen. Die Kommunal финанzen sind stark belastet und das Vertrauen des Privatsektors erschüttert. Schließlich ist der Anteil der verarbeitenden Industrie am chinesischen Bruttoinlandsprodukt mit gut 40 Prozent sehr hoch und die braucht Absatzmärkte. China ist also abhängiger von uns, als wir glauben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Erschließung neuer Märkte kostet Firmen eine Menge Zeit, Energie und Geld. Es braucht daher eine Politik, die die Zugangsbedingungen verbessert und erleichtert. Und das gelingt am besten durch den Abschluss von Freihandelsabkommen. Sie sind eines der wichtigsten Elemente zur Stärkung von Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit Europas. Hätten wir heute ein transatlantisches Handelsabkommen, hätten wir viele der derzeitigen und zukünftigen Probleme nicht.

Es war ein großer Fehler, TTIP scheitern zu lassen. Bei dem Abkommen mit den MERCOSUR-Staaten droht uns nun eine Wiederholung des gleichen Fehlers. Nach jahrelangen Verhandlungen geht es derzeit noch um eine Zusatzvereinbarung. Mit dieser will die EU die eigentlich auch schon in den Nachhaltigkeitskapiteln des Abkommens festgelegten

Nachhaltigkeitsverpflichtungen deutlicher festschreiben. Die Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns ist damit immens.

Wir sind hier maßlos enttäuscht von der EU-Kommission und auch von der Bundesregierung. MERCOSUR muss endlich zur Abstimmung gestellt werden. Unsere Forderung hierzu: Die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen MERCOSUR sollten innerhalb der nächsten 12 Monate abgeschlossen und das Abkommen zur Abstimmung gestellt werden. Und weitere müssen folgen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

statt sich auf Abkommen zu konzentrieren, haben wir in der letzten Legislaturperiode von der EU-Kommission vielmehr Abkürzungen des Grauens kennengelernt: von der Lieferkettensorgfaltpflichtenrichtlinie (LkSG) über Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) bis hin zum CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM). Statt „one in, one out“ gab es „ten in, none out“. Wir schützen weltweit mit maximaler Ambition Wälder, Lieferketten und unser Klima. Aber den Blick auf die minimalen Anforderungen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit haben wir dabei aus den Augen verloren.

Auch wurden und werden die Dinge nicht zu Ende gedacht. Denn wenn unsere Unternehmer schon die ganzen Berichtspflichten umsetzen müssen, wäre ein brauchbares Tool angezeigt gewesen. Statt bürokratischem Wildwuchs durch unterschiedliche Formate und Systeme brauchen wir ein einheitliches, standardisiertes Datenformat für alle Berichtspflichten, gespeist aus einer Quelle. Unternehmen sollen nur einmal Daten abgeben müssen, also das sogenannte Once Only Prinzip gelten.

Grafik 6 - weniger Bürokratie

Hierzu das klare Votum unserer Unternehmen: 57 Prozent der Außenhändler sagen, dass Berichtspflichten bzw. staatliche Bürokratie einer der größten Kostentreiber ist.

Statt sich also um neue Absatzmärkte zu kümmern, kümmern sich Unternehmen zunehmend um die Einhaltung neuer Berichtspflichten. Gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen geraten hierbei unter die Räder und sind überfordert. Der politische Wunsch nach unabhängigen, diversifizierten Lieferketten wird so nicht zu erfüllen sein.

Heute ist die EU in Sachen Regulierung weltweit führend. Wir sind nicht länger Weltmeister im Exportieren, sondern im Regulieren. Und das hat erhebliche Auswirkungen auf den Mittelstand.

Und das meiste davon wird im Namen der Bekämpfung des Klimawandels erlassen.

Meiner Meinung nach ist es notwendig, sich dieser Generationenaufgabe zu stellen. Aber nicht durch eine übermäßige Regulierung. Oder durch eine erzwungene politische Agenda. Der Green Deal ist eine gut gemeinte Initiative, um Klimaschutz sowie den Schutz der Menschenrechte weltweit voranzubringen. Nur gut gedacht ist nicht gleichzeitig gut gemacht.

Die Wirtschaft nicht wirklich mit einzubeziehen, ihr mit Misstrauen zu begegnen und sie mit Zwangsmaßnahmen zu einer Verhaltensänderung zu bringen und gleichzeitig den Wohlstand zu sichern, kann und wird nicht funktionieren. Statt die Einnahmen zu steigern, erstickt die Wirtschaft in Berichtspflichten-Bürokratie und Regulierung und kämpft mit verunsicherten Geschäftspartnern im Ausland, die uns Europäer und unsere Auflagen nicht verstehen. So mussten sich schon viele Unternehmen aus problematischen Ursprungsländern zurückziehen, um Sanktionen vorzubeugen. Davor haben wir immer wieder gewarnt. Das kann nicht die Lösung sein.

Und es sieht nicht so aus, als wenn sich die Situation merklich bessern würde. Wer in diesen Tagen Ursula von der Leyen zuhört, könnte auf die Idee kommen, dass die Europäische Union ein großes Projekt zur Entfesselung der Märkte plant. Es werde zukünftig „weniger Berichtspflichten und weniger Bürokratie und dafür mehr Vertrauen“ geben. Diese Versprechen gab es schon in der letzten Amtszeit. Nur, die Bürokratiegiganten sind bereits beschlossen. Von der Leyen kündigt keine Rücknahme oder gar Nachbesserung verfehlter Gesetze an.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die internationale Verflechtung war und ist für Deutschland ein wirtschaftliches Erfolgsrezept. Wirtschaft und Gesellschaft sind klare Gewinner der Globalisierung. Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab. Konsumenten profitieren von einer großen Produktpalette und Unternehmen können alle Arten von Vorprodukten aus aller Herren Länder beziehen.

Mit der weiterhin steigenden Bedeutung des Außenhandels wächst allerdings auch die Verantwortung der deutschen und europäischen Politik, sich weltweit für offene Märkte, freien Handel und für eine ordnungspolitische Ausgestaltung der Globalisierung einzusetzen.

Damit das Geschäftsmodell Deutschlands zukunftsfähig bleibt, muss die Bundesregierung wesentlich stärker als bisher dafür sorgen, dass die EU die Förderung des Austauschs von Waren und Dienstleistungen wieder in das Zentrum ihrer handelspolitischen Aktivitäten rückt. Priorität muss dabei die Diversifizierung der Lieferketten über den Abschluss neuer Freihandelsabkommen haben.

Unilaterale Nachhaltigkeitsgesetzgebungen, wie z. B. die Lieferkettenrichtlinie CSDDD oder die Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten, müssen entbürokratisiert und dürfen nicht zu neuen Handelshemmnissen werden. Zudem müssen endlich die Hausaufgaben im Sinne einer Exportnation gemacht werden: Wir fordern, dass die seit Herbst 2023 geltenden regulativen

klimapolitischen Sektorleitlinien zur Exportkreditversicherung wieder abgeschafft werden. Sie passen einfach nicht zum deutschen Produktportfolio. Die in 2025 anstehende Evaluierung bietet dazu eine große Chance.

Wie Sie sehen, gibt es viele Ansätze, den ehemaligen Exportweltmeister wieder auf Spur zu bringen. Wir unterstützen die Politik dabei gerne.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!